



**DKP zum Abgasskandal:
Der Kapitalismus stinkt (uns schon lange)!**

Seite 3

**Neue alte Bundesregierung:
Das GroKo-dil frisst weiter**

Seite 4

Uniklinikum Stuttgart – ein Landestrojaner?

Nach Zeitungsberichten soll das Klinikum Stuttgart Uniklinik werden, um von den landesweit geplanten Medizinstudienplätzen 50 pro Studienjahr im medizinischen Praktikum in Stuttgart unterzubringen. Dieser Plan wird den Beschäftigten mit einer angeblich „höheren Reputation“ und mit Vorteilen in der Finanzierung der Klinikambulanzen schmackhaft gemacht. Teile der Belegschaft stehen dem positiv gegenüber.

Die Beschäftigten des Klinikums – von den Ärzten abgesehen – werden außer Mehrarbeit aber nichts von der Reputa-

tion einer Uniklinik Stuttgart haben. Das Klinikum Stuttgart ist als Maximalversorgungskrankenhaus schon jetzt einer Uniklinik gleichgestellt. Der gute Ruf einer „Uniklinik Stuttgart“ würde die Zahl der Patienten, vor allem mit seltenen und schweren Erkrankungen, und damit die Belastung der Beschäftigten zusätzlich steigern.

Was steckt eigentlich dahinter?

Das Klinikum als Eigenbetrieb der Stadt wurde nicht von ungefähr vor einiger Zeit dem Wirtschaftsbürgermeister Föll zugeordnet. Herr Föll jongliert bereits mit 15

Aufsichtsratsposten und sieben Ausschussmitgliedschaften. Herr Föll soll zuwege bringen, woran all seine Vorgänger wegen aufmüpfiger Belegschaft des Klinikums gescheitert sind: nämlich das lästige Klinikum Stuttgart aus dem Verantwortungsbereich des Gemeinderats herauszubrechen und zunächst in eine Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts umzuwandeln.

Neueste Begründung: Wenn das Klinikum auf dem Wege der „Beileihung“* durch das Land zur Uniklinik werden soll, sei die Kommunalanstalt „zwingend“.

Krieg gegen Russland von Stuttgart aus?

Laut Nato-Oberbefehlshaber Scaparotti gibt es weltweit keine Stadt, die für das US-Militär strategisch bedeutsamer ist als Stuttgart. Alle US-Atomwaffen und alle US-Militäreinsätze (incl. Truppentransporte) in Europa werden vom Eucom, der US-Kommandozentrale in Stuttgart Vaihingen, aus befehligt. Am 3. Februar veröffentlichte das US-Verteidigungsministerium eine neue Atomwaffenstrategie: Kleinere Atomwaffen mit geringerer Sprengkraft sollen flexiblere Reaktionen „auf Angriffe“ ermöglichen. Die USA haben sich immer auch einen Erstschlag mit Atomwaffen vorbehalten. Unter „extremen Umständen“ dürfe der Präsident selbst bei einem „nichtnuklearen Angriff“ den Einsatz von Atomwaffen anordnen. Die Definition der „extremen Umstände“ ist nun erweitert worden durch die Möglichkeit von Cyberangriffen. Die Einsatzschwelle für Atomwaffen wird gesenkt.

Der vorherige Nato-Oberbefehlshaber Philipp Breedlove fasste die Militärstrategie der USA vor zwei Jahren im US-Repräsentantenhaus wie folgt zusammen: „Die USA sind bereit, gegen Russland in Europa zu kämpfen und es zu besiegen.“ Die Atomkriegsgefahr vom Stuttgarter Eucom aus wächst!

Stuttgart wird zur Zielscheibe

Natürlich schaut Russland der wachsenden militärischen Einkreisung und der Kriegsvorbereitung nicht tatenlos zu. Präsident Putin erklärte Anfang März, Russland habe einen prinzipiell neuen Raketentyp entwickelt, gegen den alle US-amerikanischen Abfangraketen nutzlos seien. Aufgrund der strategischen Bedeutung des Eucoms wächst die Gefahr, dass Stuttgart zur Zielscheibe eines russischen Zweitschlags wird.

Fortsetzung Seite 2



Protestaktion anlässlich der Tarifverhandlungen

Fortsetzung Seite 2

Was würde eine Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts für das Klinikum bedeuten?

Robert v. Hippel: Lehrbuch des Strafrechts von 1932, S. 400: Die Preußischen Arbeitshäuser sind nicht, wie diejenigen der anderen deutschen Länder, Staats-, sondern Kommunalanstalten. Kommunalanstalt, ein alter Zopf aus wilhelminischen Zeiten also?

Kommunalanstalt heißt: Statt eines Krankenhausausschusses aus gewählten und den Bürgern verantwortlichen Gemeinderäten, bestimmt ein Verwaltungsrat aus wenigen Personen (Bürgermeister, Klinikums geschäftsführung und weiteren zu kooptierenden Personen) die Geschichte des Klinikums. Eine gewählte Vertretung der Beschäftigten ist im Verwaltungsrat nicht vorgesehen.



Kommunalanstalt heißt: Sie kann gemeinsam mit anderen Trägern betrieben werden; auch eine Einbindung Privater ist denkbar. Eine schrittweise höhere Beteiligung der SANA GmbH wird möglich, bis auch dieser Klinikkonzern seine Uniklinik hat. Die Rhön GmbH hat die Uniklinik Gießen-Marburg gekauft, die Helios GmbH das Universitätsklinikum Wuppertal. Da will die Sana bestimmt nicht hintenanstehen!

Kommunalanstalt heißt: Wirtschaftsprüfung wie bei großen Kapitalgesellschaften, es gilt das Handelsgesetzbuch. Gesundheit ist endgültig Ware.

Kommunalanstalt heißt: Gefahr der Ausgründung und Privatisierung von z.B. patientenfernen Bereichen. Die Uniklinik Tübingen hat allein zehn Tochterunternehmen als GmbH; die Charité, Berlin, aus der die jetzigen Geschäftsführer des

Klinikums stammen, hat elf. Der Verwaltungsrat kann über Ausgründungen und Privatisierungen allein und nichtöffentlich entscheiden.

Kommunalanstalt heißt: Die Beschäftigten des Klinikums sind keine städtischen Beschäftigten mehr. Das bedeutet deutliche Schwächung gewerkschaftlicher Kampfkraft; gemeinsames Verhandeln von Gesamtpersonalrat und Personalrat des Klinikums wären nicht mehr möglich; Bestimmungen, die alle städtischen Beschäftigten einschließlich Klinikum betreffen, wären hinfällig; Tarifverträge und Zusatzversorgung müssten z.B. neu vereinbart werden. Oder gibt es für die Belegschaft etwa schon verbindliche Zusagen?

Ist eine Kommunalanstalt für das Studium von 300 Studenten am Klinikum in den sechs klinischen Semestern wirklich nötig?

Wir meinen: So zwingend, wie BM Föll das darstellt, ist es wohl nicht. Im Klinikum Mannheim z.B. wurden bereits von 1964 bis 1997 Medizinstudenten der Uni Heidelberg ausgebildet, jahrelang ohne Änderung der Rechtsform und über die Gemeindegrenzen hinweg. Erst 1997 wurde das Klinikum Mannheim eine gGmbH.

In §4(5) des Uniklinika-Gesetzes (UKG) vom 15.9.2005: „Das Wissenschaftsministerium kann Dritte mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben und Befugnisse nach den Absätzen 1 und 3 beleihen. Die Beleihung erfolgt durch Verwaltungsakt auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Universitätsklinikum, der Universität und dem Dritten...“. Die Rechtsform ist also nicht festgelegt.

Eine „Beleihung“ kann durch öffentlich rechtliche Vereinbarung auch ohne Änderung der Rechtsform erfolgen!

Für Patienten und Personal im Klinikum Stuttgart wäre der Erhalt des Eigenbetriebs der Stadt bei Übernahme der Investitionskosten durch das Land wie gesetzlich vorgeschrieben und die Wiedereinführung des Selbstkostendeckungsprinzips (alles, was nötig ist, wird erstattet) statt Abrechnung der Betriebskosten über Fallpauschalen die bessere Lösung. Die DRGs (Fallpauschalen) müssen weg. Uniklinik hin oder her.

* Bei einer Beleihung wird die Befugnis zur Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts auf juristische Personen des privaten Rechts (also dem Klinikum) übertragen.

Stuttgarter Stadtverwaltung macht gute Miene zum bösen Spiel

OB Kuhn von den GRÜNEN (ehem. „Radikalpazifisten“) bekräftigt bei entsprechenden Empfängen, dass die Stadt Stuttgart und die amerikanischen Streitkräfte stets in freundschaftlicher Anerkennung zusammengearbeitet hätten. Beim Antrittsbesuch von Scaparotti fügte er noch hinzu: „Das war so und das wird immer so bleiben.“ Die Mitgliedschaft bei „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) ist unglaubwürdig, wenn die Stadt Stuttgart zudem de facto Mitausrichter der vom 15. bis 17. Mai geplanten Rüstungsmesse ITEC sein wird, wo die „Creme de la creme“ der Kriegsindustrie auftritt. Es geht um Trainings- und Simulationssoftware für Militär und Spezialeinheiten. Hauptsponsor ist der Rüstungskonzern Rheinmetall. Es gibt Proteste dagegen unter dem Motto „Simulierst du noch oder mordest du schon?“

Mehr Bewegung für den Frieden ist notwendig!

Es rettet uns kein höheres Wesen! Und die neue GroKo erst recht nicht! Der Frieden wird uns nicht geschenkt, wir müssen ihn durch Druck von unten erkämpfen! Der diesjährige Ostermarsch der Friedensbewegung richtet seinen Blick insbesondere auf die Rolle der Stadt Stuttgart bei Kriegsvorbereitung und Militarisierung.

**Wir wollen eure Kriege nicht!
Heraus zum Ostermarsch!**



Aufruf unterzeichnen! www.abruesten.jetzt



Impressum

DKP
Deutsche Kommunistische
Partei Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.

DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906 BIC: SOLADEST600

Der Kapitalismus stinkt (uns schon lange)!

„Diese Wirtschaft tötet.“ (Papst Franziskus). Nicht nur durch Krieg und Rüstung oder Zwei-Klassen-Medizin, sondern auch aufgrund einer falschen Verkehrspolitik mit zahlreichen Toten durch Unfälle, verdreckte Luft und Klimaschäden. Betroffen sind immer zuerst die Ärmsten der Armen, die an den stark belasteten Straßen wohnen müssen. Die Villen von Zetsche (Daimler), Müller (VW), Pötsch (Porsche), ... stehen bekanntlich nicht am Neckartor. Die Perversion gipfelte in Abgasversuchen an Affen und Menschen, die die angebliche Unschädlichkeit von Stickoxiden nachweisen sollten. Und das im Auftrag der von VW, Daimler und BMW gegründeten Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT).

Die Automobilindustrie in die Pflicht nehmen!

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge sollen dazu beitragen, die Stickoxidbelastung lokal zu reduzieren. Reifen- und Bremsabrieb als Feinstaub-Quelle und Ressourcen-Verbrauch sind aber bei E-Autos oder Benzinern auch nicht besser. Letztlich ist nicht nur „der Diesel“, sondern der PKW-Individualverkehr das Problem. Und der ist das Ergebnis des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das sich um die Umwelt einen Dreck schert und alles dem Profit unterordnet. Über Jahrzehnte hat „uns“ die mächtige Automobilindustrie daran gewöhnt, dass man ohne Auto nicht leben kann, während es eigentlich sie ist, die ohne immer mehr PKWs nicht „leben“ kann. Doch das Gegenteil ist der Fall: Ein lebenswertes Leben mit sauberer Luft und gesundem Klima wird erst jenseits von Individualverkehr und Profitinteressen möglich. Nun deutet Vieles darauf hin, dass die Kosten für Hardware-Nachrüstungen auf die Diesel-Fahrer abgewälzt oder über Steuermittel – und damit von uns allen – finanziert werden sollen. So sieht dann die „Lösung“ des Problems im Interesse der Auto-Konzerne aus!

ÖPNV – die Konzerne sollen zahlen!

Notwendig ist aber das Zurückdrängen des Individualverkehrs durch den Ausbau kollektiver Verkehre und deren Finan-

zierung durch die Konzerne. Dadurch wäre ein „kostenloser“ öffentlicher Personennahverkehr realisierbar. Gute Ansätze dazu gibt es in Wien („Dienstgeberabgabe“) und in Frankreich, wo durch die „versement transport“ ca. 44% des städtischen Verkehrs durch Unternehmen mit mehr als neun Beschäftigten finanziert werden. Das wäre auch hier bei entsprechendem politischen Willen und außerparlamentarischem Druck möglich. Wer aber wie die GRÜNEN nicht dazu bereit ist, sich mit den Konzernen anzulegen, und wie Kretschmann die Autoindustrie staatstragend als die „Halschlagader für den Wohlstand unseres Landes“ bezeichnet, will auch nichts verändern. Könnte mit dem

Know-How dieser Industrie nicht Sinnvolleres als PKWs produziert werden? Ein erster Schritt wäre eine verpflichtende Nahverkehrsabgabe für die Automobilkonzerne und Einkaufsketten, die mit Shopping Malls wie Gerber oder Milaneo Kaufkraft aus der Umgebung absaugen und dadurch Verkehre in der Innenstadt generieren. Am Geld würde es jedenfalls nicht scheitern. Allein durch die Abgasmanipulationen wurden fette Extraprofite gemacht. Und beim verkehrspolitisch wahnwitzigen Geldumverteilungsprojekt Stuttgart 21 werden Milliarden in die Taschen der Reichen geschaufelt.

Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter. Karl Marx: Das Kapital. Erster Band.

Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.

Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band.

wäre auch hier bei entsprechendem politischen Willen und außerparlamentarischem Druck möglich. Wer aber wie die GRÜNEN nicht dazu bereit ist, sich mit den Konzernen anzulegen, und wie Kretschmann die Autoindustrie staatstragend als die „Halschlagader für den Wohlstand unseres Landes“ bezeichnet, will auch nichts verändern. Könnte mit dem



20. UZ-PRESSEFEST
DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO
& MICROPHONE MAFIA

CALUM BAIRD ★ **KAI DEGENHARDT**
KLAUS DER GEIGER ★ **JANE ZAHN**
ERICH SCHAFFNER U.V.M.

KLEZMER ★ **PUNK**
LIEDERMACHER
RUMBIA ★ **SKA**

THEATER ★ **LESUNGEN**
FLOHMARKT ★ **KINDERFEST**
BÜCHERMARKT ★ **DISKUSSIONEN**
AUSSTELLUNGEN ★ **FILME**
GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN

DKP
www.dkp.de

7. – 9. September 2018
Revierpark Wischlingen
Dortmund

Das GroKo-dil frisst weiter

Nun haben 66,02% der SPD-Parteimitglieder der Fortführung des mißliebigen Vertrauten zugestimmt. Tausende waren extra noch eingetreten, um gegen die GroKo abzustimmen und gleich danach wieder auszutreten. Der Aufruf zum Widerstand durch Kühnert, dessen Jusos ihre Kritik an ihrer Partei an den entscheidenden Fragen – Agenda 2010, Unterstützung des bundesdeutschen Militarismus – vorbeikritisierten, konnte die Fortsetzung des Falschen nicht verhindern.

Die Union hatte der SPD Zugeständnisse gemacht, die die ohnehin dünnen Forderungen auf eine Grundrente reduzieren,

die durch Flaschensammeln aufgebessert werden kann, oder eine ebenso dünne Mindestausbildungsvergütung. Kurz: Der Koalitionsvertrag beschränkt sich auf das Mindeste, was von den Industrieverbänden und Handelskammern als explosionsartige Ausweitung des Sozialstaates tituliert wird. Die paritätischen Einzahlungen in die Krankenkasse – so etwas hat es ja noch nie gegeben – verdeutlichen die ledigliche Schadensbegrenzung, um die Geschöpften bei Laune zu halten. Die vom gefallenen Schulz ausgerufenen soziale Gerechtigkeit, was auch immer seine "sozial-demokratische" Partei darunter verstehen mag, kann nur die Rückkopplung aus den eigenen Vergehen sein. Der Koalitionsvertrag ist angenommen. Das Großkapital, das nur einzelne Gestopfte weinternährt, braucht keinen Fußbreit seines Nährbodens zu fürchten. Dreizehn Eroberungskriege mit deutschem Engagement – mit baldigst entrosteter Bundeswehr –, das zum allgemeinen Wertekanon erhobene Mästen der NATO und der Rüstungskonzerne, die Diktatur der Freihandelsabkommen, bleibt alles in trockenen Tüchern. Flüchtlingsfamilien dürfen auseinandergerissen werden, Glyphosat wird gegessen, wie alles, was auf den Tisch kommt, die Miethäie vermieten weiterhin nur an Höchstbietende. Die breite Masse der Bevölkerung erhält Almosen, die Bürgerversicherung ist in der Wahlkampf-rhetorik versickert. Dennoch beklagt das Großkapital das Fehlen von Steuer-

kungen für Großunternehmen nach dem Vorbild der Trump-Administration. Die Verelendung macht wahrscheinlich zu langsame Fortschritte. Es fließt wohl noch nicht genügend Geld in die Digitalisierung der Gesellschaft, und die zaghafte Zurücknahme der Bankenregulierung bringt das Kapital um seine Narrenfreiheit. Was in den Koalitionsvertrag als an-



gebliche Verbesserung der Personalsituation in der Pflege hineinfabuliert wurde, lässt die Unternehmer schon befürchten, dass die Privatisierung des Gesundheitswesens gehemmt werden könnte. Doch dass der Krankenstand zunehmend Profit abwirft, wird durch den neuen Gesundheitsminister Jens Spahn gewährleistet. Der Mitbegründer der Lobby-Agentur Politas, deren Kundenkreis sich aus der Pharmaindustrie zusammensetzt, gehört der neuen Generation der Privatisierer an, steht auf gutem Fuß mit den privaten Krankenversicherungen und ist Mitglied der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, die der NATO huldigt. Da schließt sich der Kreis. Ursula von der Oberen Heeres-Leyen bleibt uns auch erhalten und sorgt mit der Aufstockung an Soldaten in Afghanistan für einen fließenden Übergang in die Politur des Alten.

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. 27.03.2018, Di. 10.04.2018,
und Di. 24.04.2018

19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach,
1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI,
Eingang Roserplatz
(Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. 17.04.2018 und Di. 15.05.2018,

19.00 Uhr, Gaststätte Äquator,
Kreuznacher Str. 57, Cannstatt
(Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Gesundheitswesen:

Do. 17.04.2018, 19.00 Uhr,
Linkes Zentrum Lilo Herrmann,
Böblinger Str. 105, Stuttgart-Heslach
(Haltestelle Erwin-Schöttle-Platz)

Gruppe Süd, zu erreichen über:
sued@dkp-stuttgart.org

**Frieden braucht Bewegung.
Gegen Aufrüstung, Krieg und atomares Wettrüsten.**

Karfreitag, 30. März

14 h Eingang Flughafen bei Hotel Mövenpick

Ostermarsch-Aktion „war starts here –
Militarisierung der Fildern und ITEC stoppen!“
Mit Michael Schulze von Glaßer (DFG-VK) und einem
Redner der Informationsstelle Militarisierung Tübingen.

Karsamstag, 31. März

14 h Marktplatz Stuttgart Auftrittkundgebung

zum Ostermarsch
Mit Paul Russmann (Ohne Rüstung leben),
Helmut Lohrer (IPPNW) u.A.

14.30h Uhr Ostermarsch

durch die Stuttgarter Innenstadt
Zwischenkundgebung zwischen König- und Marienstraße.

Ca. 16 h Uhr Schlossplatz: Ostermarschkundgebung

mit „Strom und Wasser“, Tobias Pflüger
(Informationsstelle Militarisierung Tübingen) u. A.

Ostermarsch Stuttgart 2018



Karfreitag
30.3.14h

Karsamstag
31.3.14h